

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 4. 39. Jg.

22. Jan. 1926

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. monatlich exkl. Zustellung. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1, — Mk.

Redaktion:

Hans Ronner, Berlin N 24, Elssasserstraße 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. — Druck und Expedition:
Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonparallele oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.* [Postverlagort Scheuditz.]

Haltet Stange!

Der Wille der Unternehmer im graphischen Gewerbe, der angeblich stürmischen Lohnentwicklung eine Grenze zu ziehen, ist unter den Auspizien der Wirtschaftskrise zum Willen geworden, die Lohnhöhe erheblich zu senken. Indem man den Angriff von verschiedenen Seiten vortrug, glaubte man am besten zum gewollten Ergebnis zu kommen. Deshalb sah man neben direktem Ansinnen der Minderung der Lohnhöhe Entlassungen, die weit über das Maß hinausgingen, das Mangel an Aufträgen oder Betriebskapital nach privatkapitalistischer Mentalität bedingt. Letzteres erfolgte ausschließlich in der freudigen Hoffnung, bei sich besendernden Auftragsbestand und Behebung der Kapitalnot durch Neueinstellung von Arbeitskräften einen „heilsamen“ Einfluß auf die Lohnhöhe ausüben zu können. Welche Mittel zur Gewinnung dieses „heilsamen“ Einflusses die Unternehmer in den Dienst zu nehmen gewillt sind, hat das Scharwenzeln auf der Hintertreppe der Erwerbslosenfürsorge gezeigt, das nicht auf Berlin beschränkt geblieben ist. Aber die Kollegen waren auch nicht auf den Kopf gefallen, und der entschiedene Hinweis, daß es nicht Aufgabe der Erwerbslosenfürsorge sei, den beruflichen Leistungslohn im Interesse der Unternehmer und zum Schaden des Gewerbes zu senken, hat seine Wirkungen nicht verfehlt.

Da die Maßnahmen der Reichsbank, Senkung des Diskonts, nicht ohne Einfluß auf die übrigen Zinssätze geblieben sind, vielmehr durch diese Maßnahmen ein Leben sich an der Börse zeigte, das eine optimistischere Beurteilung der deutschen Wirtschaftslage auslöste, macht sich auch im graphischen Gewerbe ein regeres Leben bemerkbar. Jedenfalls ist Tatsache, daß bei uns wieder Arbeitskräfte in homöopathischen Dosen zur Einstellung gelangen. Aber die Lohnforderungen der von den tariflichen Arbeitsnachweisen vermittelten Kollegen sind den Unternehmern zu hoch. Ganz besonders in den Großstädten, vor allen Dingen in Berlin, tritt das stark in Erscheinung. Man hat eben die Absicht, die Lohnhöhe abzubauen. Zu diesem Lohnabbau haben die Kollegen der Großstädte aber weder Lust noch Neigung; sie beharren vielmehr darauf, für gegebene Leistungen eine entsprechende Gegenleistung zu empfangen! Die von den Kollegen der Großstädte an den Tag gelegte Widerstandskraft gegen unberechtigten und das Gewerbe

schädigenden Lohnabbau gefällt den Unternehmern aber nicht. Deshalb sollen die Kollegen in den Provinzorten, die in ihrem Lohn zurückgeblieben sind, Helfersdienste leisten. Diese Helfersdienste versucht man in der Weise möglich zu machen, daß man die großstädtischen Kollegen von der Arbeitsvermittlung durch Ablehnung ihrer Angebote ausschließt und Arbeitskräfte nach der Großstadt zieht.

Selbstverständlich wehren sich die Kollegen der Großstädte mit allen Mitteln gegen dieses unternehmerliche Tun. Und die Kollegen im Lande sind verpflichtet, verschiedenste Abwehrhilfe zu leisten! Ohne daß die Rede davon sein kann, daß die Großstädte eine chinesische Mauer um sich ziehen wollen, halten sie es für ihre Pflicht, gegen die Lohnabbaubestrebungen der Unternehmer insofern Front zu machen, daß sie verlangen, daß in erster Linie die am Orte befindlichen Arbeitslosen zur Arbeitsvermittlung kommen. Das ist auch der Sinn der tariflichen wie der gesetzlichen Arbeitsvermittlung! Nur zur Erreichung eines bestimmten Zieles soll dieser Sinn von den Unternehmern umgebogen werden. Das kann und darf nicht zugelassen werden! Die Kollegen der Großstädte, besonders die Kollegen in Berlin — hier wächst die Pflanze Lohnabbaubestrebung in Reinkultur — erwarten deshalb, daß bis auf weiteres jeder Kräftezug nach den Großstädten ferngehalten wird. Wer sich anders einstellt, kann nicht erwarten, in der kollegialen Gemeinschaft besondere Achtung zu genießen, sondern darf darauf rechnen, die Behandlung zu erfahren, die Helfershelfer der Unternehmer zu erwarten haben. Besondere Umstände bedingen eben besondere Mittel! Meidet deshalb also vorläufig die Großstädte, bis auch dieser Sturm abgeschlagen ist. Unter allen Umständen aber hole man vor Beginn aller Engagementsverhandlungen Auskunft beim zuständigen Auskunftsteiler ein, damit niemand unbewußt zum Lohndrücker wird! Denn halten wir nicht jetzt Stange, dann ist der Kampf um einen gerechten Lohn zu unseren Ungunsten geschlagen. Da dieser Kampf um die Lohnhöhe in den Großstädten ausgefochten wird und Berlin im Brennpunkte dieses Kampfes steht, muß hier besondere Vorsicht walten. Deshalb nochmals:

Haltet Stange und tut eure Pflicht!

Das Auf und Ab der deutschen Wirtschaft im Jahre 1925.

Wert des deutschen Außenhandels.

1924	(In Millionen Mark)	
	Einfuhr	Ausfuhr
Januar	564,9	431,0
Februar	729,6	466,2
März	692,7	456,6
April	803,3	402,1
Mai	987,7	516,2
Juni	753,1	475,2
Juli	551,4	573,4
August	448,2	589,4
September	623,4	564,0
Oktober	885,6	611,8
November	1048,3	643,5
Dezember	1308,7	739,8
	9317,3	6568,2
davon Gold und Silber	181,8	33,4
1925		
Januar	1371,5	697,4
Februar	1124,4	631,4
März	1110,8	711,7
April	1080,9	672,4
Mai	1084,0	732,2
Juni	1071,8	687,7
Juli	1180,0	746,5
August	1303,5	727,5
September	1098,1	780,2
Oktober	1118,9	851,4
November	894,3	796,9
Januar bis November	12403,0	8007,3
davon Gold und Silber	716,0	35,1

Mitte des Jahres 1924 war die deutsche Handelsbilanz aktiv, dann folgte eine starke Passivität und im Monat Dezember 1925 dürfte wiederum eine Aktivität eingetreten sein.

Zusammenfassend über dieses Kapitel ist zu sagen, daß die Kapitalknappheit wohl besteht. Ihr Umfang ist jedoch gegenwärtig derart, daß sie keinen Grund einer Produktionsverminderung mehr bieten kann. Der Einwurf der Unternehmer, daß die Höhe der Löhne und Gehälter beschränkt werden müsse, um die Kapitalneubildung zu fördern, ist entschieden abzulehnen. Die Kapitalneubildung der Vorkriegszeit vollzog sich in der Hauptsache durch die Sparkraft der breiten Masse der Bevölkerung. Die Kapitalsammelbecken der Vorkriegszeit wurden von der großen Masse gespeist, was folgende Zusammenstellung beweist:

	Vor dem Kriege 1925 (in Milliarden Mark)	
Sparkasseneinlagen	20	1,4
Bankkreditoren	9,4	5,8
Hypotheken	11,5	1,8
Lebensversicherungspolice.	6	0,7

Würden die breiten Bevölkerungsschichten wiederum in die Lage versetzt sein derartige Kapitalmengen, die langfristig in den industriellen Produktionsprozeß flossen zur Verfügung zu stellen, so würde es keine Kapitalkrise mehr geben. Die Kapitalneubildung über den Umweg der Kapitalrente zu verlangen, was nur durch niedrige Löhne und Gehälter möglich ist, muß entschieden abgelehnt werden. Ein Kompromiß in dieser Frage ist unmöglich.

Konkurse, Geschäftsaufsicht und Wechselproteste 1925.

Monat	Konkurse	Geschäftsaufsicht	Wechselproteste
Januar	796	256	—
Februar	798	240	—
März	776	309	2691
April	687	228	2518
Mai	807	351	2585
Juni	766	398	2987
Juli	797	375	3007
August	751	379	3636
September	914	459	3969
Oktober	1184	633	4823
November	1350	900	5630

Der Reinigungsprozeß der Wirtschaft beginnt sich zu vollziehen. Nur ist dieser ein sehr langsamer. Bei der kolossalen Übersetzung der Industrie und des Handels wollen solche Zahlen wie im November 1925 nicht viel besagen. Interessant ist die Statistik der Wechselproteste. Der Wechsel galt in der Vorkriegszeit als ein viel benutztes Zahlungsmittel, heute gehen viele zu Protest, d. h. sie können nicht eingelöst werden. Auch dies sind natürlich hervorragende Anzeichen der Krise, wie sie am Jahres-schluß einsetzte.

Die Produktion an den Schlüsselprodukten 1925.

Daß die Produktivität der menschlichen Arbeitskraft im Bunde mit den technischen Hilfsmitteln im Jahre 1925 sich erheblich hob, dürfte aus nachstehender Zusammenstellung hervorgehen:

Monat	Steinkohle	Braunkohle	Roh-eisen	Stahl	Kaliabsatz
1913 jehz. Reichsgebiet					
ohne Saar	11729	7289	910	981	925308
Januar 1925	11929	12375	910	1181	1660000
Februar	10535	11153	873	1155	2019000
März	11412	12082	991	1207	1440000
April	10362	10719	896	1063	668000
Mai	10437	10426	961	1115	731000
Juni	9870	10388	941	1109	814000
Juli	11240	11650	896	1031	956000
August	11061	11483	766	899	1044000
Sepbr.	11855	11949	735	880	1012000
Oktober	11950	12759	742	928	735000
Novbr.	11190	11940	—	—	576000

Diese Produktionsziffern wurden erreicht mit bedeutend weniger Anlagen und teilweise auch weniger Arbeitskräfte. So ist die Arbeiterzahl im Ruhrbergbau von 472 605 im Januar 1925 auf rund 400 000 im November 1925 zurückgegangen, ohne daß die Förderung eine nennenswerte Abnahme erfuhr. Im Kalibergbau förderten 1925 von den vorhandenen 220 Schächten 90 und trotzdem höhere Förderung. Dasselbe Bild sehen wir in der Schweißindustrie. Die deutsche Arbeiterschaft schuf mit aller Intensivität, ohne daß dies in der Lohnhöhe, namentlich in obigen Industrien irgendwie zum Ausdruck kam.

Eine interessante Statistik bildet die Wagenstellung der Reichsbahn. Ist doch die Bewegung der Güter ein Symptom für das Auf und Ab der Wirtschaft und ein Gradmesser der Konjunktur. Hier sehen wir nun folgende Entwicklung:

Arbeitstätige Wagenstellung der Reichsbahn (aus Wochendurchschnitten errechnet).

Monat	Zahl in 1000	Monat	Zahl in 1000
1913 jehz. Reichs-		Juni 1925	117,3
umfangs	193,5	Juli	121,3
Januar 1925	107,3	August	120,4
Februar	115,3	September	124,4
März	116,7	Oktober	131,6
April	118,8	November	127,2
Mai	120,9		

Die Wagenstellung war im November immer noch höher als im Januar, was wohl mit den Herbsttransporten an Kohle, Kartoffeln, Rüben usw., zusammenhängen dürfte.

Schlußbetrachtungen.

Wir haben uns bemüht, das Auf und Ab der deutschen Wirtschaft an möglichst viel Bildern zu zeigen. Es dürfte ausreichen um den Verlauf der Wirtschaftskonjunktur zu ermessen. Der Überblick zeigt, daß es nicht an dem Fleiß der Arbeiterschaft lag, wenn die Wirtschaft erkrankte. Schuld an der ungeheuren Depression ist in erster Linie die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die die Menschheit bei überfüllten Warenlagern hungern läßt, die die Zirkulation des Weltmarktes nicht in Ordnung zu bringen vermag.

Es waren nicht die hohen Löhne, nicht die angeblich hohen Soziallasten, auch nicht der Kapitalmangel, denn das Kreditkontingent der Reichsbank ist in den letzten Wochen vor Jahreschluss nicht einmal voll ausgeschöpft worden, wenn es zu einer derart harten Krise kam. Ein großer Teil der Schuld liegt an der verkehrten Kapitalinvestition, die das mobile Kapital einfrieren ließ oder gar für immer vernichtete. Eine Gesundung kann nur erfolgen, wenn die Preise der deutschen Produkte eine empfindliche Senkung erfahren. Die Kaufkraft der heimischen Bevölkerung ist so gering, die Möglichkeiten des Verkaufs nach dem Auslande verringern sich immer mehr und mehr, weil die Waren zu teuer sind. Folglich kann nur ein ganz empfindlicher Preisabbau den Weg aus dem Chaos bahnen. Herunter mit den hohen Warenlagern, laßt diese durch billige Preisgestaltung in die breiten Massen abfließen und die Fabriken und Werkstätten werden wieder neue Bestellungen erhalten und alles wird wieder seinen gewohnten Gang gehen. Nicht vereinbar mit diesen Zielen sind Wucherkartelle und Syndikate, auch nicht hohe Schutzzölle, sondern das freie Spiel der Kräfte muß die Wirtschaft wieder in allen Teilen durchdringen.

Ein starker Innenmarkt ist zu alledem ein unbedingtes Erfordernis. Deshalb kann keine Lohnverminderung, sondern eine Lohnerhöhung in Betracht kommen. Die deutsche Arbeiterschaft sollte aus der Wirtschaftsgestaltung des verflossenen Jahres lernen. Die Berliner Handelskammer schloß ihren Jahresbericht mit folgenden Worten: „Wenn das wirtschaftliche Deutschland das Jahr 1925 nicht ohne Bedauern scheidet, so wird es ihm am Schlusse, doch auch ein Gutes nachsagen müssen: Daß es ein Lehrmeister gewesen ist für das, was zu tun, und für das, was nicht wieder zu tun ist.“ Diesen Satz sollte sich auch die Arbeiterschaft zu Herzen nehmen. Unablässige Stärkung ihrer Wirtschaftsorganisationen, der Gewerkschaften, und wahre Solidarität sind immer noch die einzigen Mittel, eine Wirtschaftskrise zu überwinden und eine wahrhaft ideale Wirtschaft auf-

bauen zu helfen. Organisation ist auch hier das Zauberwort der Zukunft. Was der Gegenseite recht ist, muß der Arbeiterschaft billig sein. Mit diesem Grundsatz sagen wir dem Wirtschaftsjahr 1925 Valet. Es soll uns ein Lehrmeister sein.

Ein kleines Rechenexempel,

das wirklich verdient, der allerbreitesten Öffentlichkeit innerhalb der Arbeiterschaft bekannt zu werden, sei im Nachstehenden gegeben.

Wie männiglich bekannt, hatte Deutschland vor dem Kriege ein mächtiges stehendes Kriegsheer, wohl das stärkste von allen Großmächten der Welt mit Ausnahme von Rußland. Dieses Riesenheer betrug im Jahre 1914 806 646 Mann; dazu kam noch die Kriegsmarine mit 79 290 Köpfen, also ein Gesamtbestand der Kriegsmacht von 879 936 Köpfen. Für dieses Riesenheer mußten die deutschen Steuerzahler insgesamt 1 824 513 795 Mk. aufbringen. — Der Versailler „Friedens“vertrag hat uns von der ehemaligen Kriegsmachtherrlichkeit gewissermaßen nur einen Fetzen gelassen, was gewiß jeden ehrlichen Friedensfreund nicht gar zu traurig stimmen würde, wenn — ja wenn, das werden wir gleich sehen! Wir dürfen nach diesem auch für alle diejenigen, die gewiß keine Chauvinisten sind, nur ein unmögliches Monstrum darstellenden sogenannten Friedensvertrag, uns aufgezwungen in der Not der Zeit mit allen Mitteln der Gewalt, ein Landheer halten von 100 000 Köpfen; dazu kommt ein Sanitätspersonal und was dazu gehört, von 500 Personen. Die Marine darf rund 15 000 Köpfe zählen; für das Jahr 1926 sind 14 941 Mann vorgesehen. Das ergibt insgesamt eine Zahl von 115 414 Mann. Und dafür ist an Ausgaben im Voranschlag für das Jahr 1926 der Betrag von 685 789 290 Mk. vorgesehen. Wir sind nicht mehr von Zahlenrausch der Inflationszeit befangen und können Zahlen jetzt wieder nach ihrem wirklichen Wert abschätzen, und da muß man sagen, daß beide Zahlen, die von 1914 sowohl, als die von 1926, recht stattliche Beträge darstellen. Aber noch ganz anders wirken diese Zahlen, wenn man sie einmal statistisch mit einander vergleicht und zusieht, was wir 1914 für den einzelnen Mann im Durchschnitt bezahlt haben und wie dies Verhältnis sich für 1926 gestaltet. Dabei kommt man dann zu einem recht eigentümlichen Resultat. Nämlich: 1914 stellten sich die Ausgaben für den einzelnen Mann im Durchschnitt auf rund 2070 Mk. und 1926 wird diese Ausgabe betragen rund 5940 Mk. Also fast dreimal so viel muß unser armes, gedrücktes, von allen möglichen Sorgen geplagtes Vaterland für den einzelnen Mann gegenüber 1914 aufbringen und zwar für eine Sache, die nicht allein gar keinen Zweck hat, sondern die ihm schon allerlei Schaden gebracht hat und wahrscheinlich in nicht zu ferner Zukunft noch viel mehr bringen wird. Jeder, der sehen kann und will, weiß, daß in unserer Reichswehr nichts weniger als republikanische Gesinnung herrscht, ja, daß diese sogar verpönt ist, und daß namentlich unter dem Offizierkorps die alte monarchische Tradition treu und brav weitergepflogen wird. Und dieses Heer, das uns infolge seiner Winzigkeit in einem etwaigen Kriege, vor dem uns ein gütiges Schicksal behüten möge, gar nichts nützen kann, wird uns aber wahrscheinlich dermaleinst, vielleicht in gar nicht zu ferner Zeit, zu einer Geißel werden bei einem Staatsstreich, wenn man etwa die Republik oder aber zum mindesten die winzigen Überbleibsel der Volksrechte beseitigen will. Doch von all diesem soll noch gar nicht einmal so ernsthaft die Rede sein. Die Verwaltung des Reichsheeres steht mit ihrem Ausgabebetrag weit aus der Spitze aller anderen Verwaltungen. Und das zu einer Zeit, in der eine in der Geschichte bisher noch nicht dagewesene Wohnungsnot der Armen zum Himmel schreit, in der ein Arbeitslosenheer von Hunderttausenden nicht weiß, woher das Brot zur Ernährung für morgen nehmen, in der die Sozialgesetzgebung am Stagnieren ist, weil man kein Geld hat, in einer Zeit, in welcher viele Tausende von Kleinrentnern infolge einer schmachtvollen „Auf“wertung um ihre sauer ersparten Groschen geprellt worden sind und einem Alter in Darben und Armut entgegenvegetieren, und was dergleichen erbauliche Dinge mehr sind, ganz zu schweigen von den winzigen Beträgen, die für wirklich kulturelle Zwecke im Reichshaushaltsetat aufgeführt sind.

Es hat einmal eine Zeit gegeben, da waren durch die Fühler der Arbeiterschaft eine Reihe Forderungen aufgestellt — ich glaube, es waren 10 — die unbedingt durchgeführt werden sollten. Ich meine die Zeit nach dem Rathenauord. Heute hört man längst von diesen Forderungen nichts mehr! Aber zur Erinnerung möchte ich doch etwas erwähnen. Unter diesen Forderungen befand sich auch eine, die verlangt: „Säuberung der Reichswehr von monarchischen Elementen!“ Als ich dies las, da mußte ich lachen, lachen über die Weltfremdheit der Forderung; denn etwas derartiges ist ungefähr dasselbe,

als wenn man dem Säufer das Saufen abgewöhnen wollte, indem man ihm Mäßigkeit predigt. Mit Mäßigkeit ist gar nichts zu machen. Erfolg kann in einem solchen Falle ausschließlich der gänzliche Entzug des Giftes bringen. Und so wäre es zu damaliger Zeit, als alle rechtlich, demokratisch und republikanisch denkenden Volksteile im heiligen Zorne entbrannten über die ruchlosen Mörder, durchaus nicht unmöglich gewesen, wenn man anstelle von zehn, nur eine Forderung aufgestellt hätte und sich mit aller Macht und mit allen Mitteln bis zu ihrer völligen Durchführung eingesetzt hätte. Diese Forderung hätte lauten müssen: „Abschaffung der absolut unnützen und schädlichen Reichswehr!“ Wir wären dann wahrscheinlich heute doch ein wenig weiser.

Dazu ist es natürlich heute zu spät, wie es ja leider für viele Dinge zu spät ist. Es ist beklagenswert, daß wir leider in Deutschland gar keine Führer haben, die im rechten Augenblick das Richtige erfassen und dafür auch einmal Großes wagen! Was wird uns in einigen Jahren blühen, wenn es mit unseren Regierungskrisen so weiter geht wie bisher? Da werden wir uns eines schönen Tages ähnlichen Zuständen gegenüber sehen, wie sie in Ungarn und in Italien schon lange vorhanden sind: Wir werden auch so etwas wie einen Faschismus bekommen, die Voraussetzungen dazu sind in jeder Weise jetzt schon gegeben und die Mittel zu seiner Durchführung jedenfalls auch. Und all diesem stehen wir leider so ziemlich machtlos gegenüber. Man muß sich heut bald mit orientalischem Stoisismus in alles fügen und denken: „Seinem Schicksal entgeht keiner!“ So weit sind wir heute schon in unserer Republik gekommen!

Der deutsche Weinbau.

Manch einer wird sich mit Erstaunen gefragt haben, weshalb so viele Anhöhen auch im nördlichen und östlichen Deutschland den Namen „Weinberg“ tragen. Gibt es doch allein in 100 Quadratmeilen Umkreis von Berlin über 400 derartiger Hügel, die so bezeichnet werden. Die Erklärung ist einfach genug. Tatsächlich hatte fast jedes Kloster, jedes Städtchen im Mittelalter seine Weinberge. In päpstlichen Breven aus dem 13. Jahrhundert wird dänischen Klöstern der Besitz von Weinbergen bestätigt, und die Weinberge des Deutschen Ordens bei Thorn ergaben gar einen Süßwein wie „ähtes Öl, davon einem die Schnauze anklebte“ (1363). Das 15. Jahrhundert kann als die Zeit der größten Ausdehnung des Weinbaues in Deutschland bezeichnet werden.

Zu dem schnellen Rückgang dieses Zweiges der Landwirtschaft trugen verschiedene Ursachen bei. Erstens die gewaltige Ausdehnung des Handels, besonders der Hansa, die den nordischen Weinländern besseres und billigeres auswärtiges Gewächs lieferte. Zweitens die Entwicklung der Bierbrauerei und der Branntweinerneuerung, die zu einer völligen Umkehr der Preisverhältnisse führte. Noch 1540 kostete im schlesischen Weinbaugbiet von Krossen das Quart Wein nur 12 Pf., daß Quart Krossener Bier dagegen 16 Pf. Es ist bemerkenswert, daß in den südlichen Weinländern dieses frühere Preisverhältnis sich erhalten hat. Drittens aber sind Verschiebungen in der Nutzung von Boden und Arbeitskraft eingetreten. Die menschliche Arbeit ist nicht mehr so billig wie ehemals; es lohnte sich daher nicht mehr, sie im Weinbau festzulegen, der sehr viel Arbeitskraft verlangt. Zudem versprach der Weinbau im harten Klima des Nordens nur unsicheren Ertrag, während der Ackerbau weit besser rentierte.

So zog sich der Weinbau immer mehr in das günstigere Klima des Südens und des Westens zurück, ein Vorgang, der ähnlich in Frankreich sich auswirkte. Den Todesstoß erhielt der nordische Weinbau aber erst durch die Bildung des deutschen Zollvereins, der ein einheitliches Wirtschaftsgebiet schuf. Vordem hatten die einzelnen deutschen Länder durch Zölle, Abgaben und Einfuhrverbote ihre Weinbauern gegen die Konkurrenz, insbesondere der rheinischen Winzer, geschützt. Daher forderten diese stürmisch den Abbau der Zollschranken und waren dementsprechend stramm großdeutsch gesinnt. Sie schlossen sich begeistert der revolutionären und unitaristischen Bewegung an und erschienen gar auf dem Hambacher Fest (1832) mit einer schwarzen Fahne unter Absingung des bekannten Winzerliedes.

Die Aufhebung der Binnenzölle gestattete den rheinischen Winzern, den Weinbau im Norden und Osten zu vernichten. Aber sie selbst mußten schwer gegen die neue Konkurrenz aus Italien, Spanien, Algier kämpfen. Die Zahlen der Vorkriegszeit zeigen das unaufhaltsame Zusammensinken der Anbauflächen im alten Reichsgebiet. Die Inflationszeit brachte dann einen kurzen Aufschwung, der diese trübe Zeit allerdings nicht überdauerte.

Die ständige Abnahme kommt auch treffend in den neuesten Zahlen zum Ausdruck, die wie-

derum die Anbauflächen, jedoch nur im verkleinerten Reichsgebiet, umfassen:

1924	282 600 ha
1925	80 198 ha

Daß der Weinbau von Jahr zu Jahr abnimmt, ist ein deutliches Zeichen für die Notlage, in der sich große Teile der Winzerschaft befinden. Die Notlage wird auch von keiner Seite bestritten. In soweit ist sich alle Welt einig. Fraglich ist nur, ob der Notstand nur ein augenblicklicher ist und daher durch besondere Maßnahmen überwunden werden kann, oder ob er in der Linie einer unaufhaltsamen Entwicklung liegt, die auch durch künstliche Hilfsmittel nicht gehemmt wird. Die Geschichte des deutschen Weinbaues zeigt in aller Klarheit, daß das letztere der Fall ist.

Leider sind bisher schon sehr erhebliche Beträge geopfert worden. Man hat den Winzern einen Kredit von 50 Millionen Mark und einen weiteren Kredit von 50 Millionen Mark gewährt. Daß diese 80 Millionen niemals zurückgezahlt werden, erscheint ausgeschlossen. Weiter erhalten sie als Geschenk jährlich ein Drittel der aufkommenden Weinsteuer, also einen Betrag von 20 bis 30 Millionen Mark. Mit dieser Summe könnte man 20 bis 30 000 Erwerbslose jährlich mit 1000 Mk. unterstützen! Zudem schweben Verhandlungen über Erlaß der Zuckersteuer, Verbilligung der Eisenbahntarife usw.

Das kostspieligste Geschenk jedoch, das man den Winzern gemacht hat, ist die Kündigung des spanischen Handelsvertrages gewesen. Dieser Vertrag hatte den Export unserer Industrie in geradezu überraschender Weise zu heben versucht. Allerdings mußten wir unsere Weinzölle stark herabsetzen und dadurch unsere Winzer der Konkurrenz der spanischen Weine ausliefern. Da es aber schwer ist, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, blieb nur die Wahl zwischen unserer Exportindustrie einerseits und den Winzerinteressen andererseits. Und da konnte die Entscheidung nicht schwer fallen. Denn der Wert der gesamten deutschen Weinmosterte betrug (einschließlich des Sommerhalbjahres 1911)

1911	143,1 Mill. Mark
1912	78,3 Mill. Mark
1913	41,9 Mill. Mark
1923	42,3 Mill. Mark
1924	94,6 Mill. Mark

Das ergibt einen Durchschnitt von 80 Millionen Mark. Dagegen betrug die deutsche Ausfuhr allein nach Spanien

1923	89,8 Mill. Mark
1924	90,4 Mill. Mark
1925	172,6 Mill. Mark

(errechnet aus den Ergebnissen der ersten neun Monate).

Einer Ausfuhr von über 170 Mill. Mark steht also eine Gesamtzeugung gegenüber, die im Durchschnitt noch nicht die Hälfte dieser Zahl ausmacht. Die Aufkündigung des Handelsvertrages mit Spanien war also ein Verbrechen an der deutschen Volkswirtschaft — und dies Verbrechen wurde begangen zugunsten einer kleinen Schicht, die trotz aller Kredite und Geschenke zum Untergang verurteilt ist.

Auch der kürzlich abgeschlossene Handelsvertrag mit Italien hätte weit günstiger für unsere Industrie sein können, wenn nicht wiederum auf die Winzer ungebührliche Rücksicht genommen worden wäre.

Man wird nicht leichten Herzens ein ehemals blühendes Gewerbe verschwinden sehen. Aber man muß sich klar machen, daß nach der letzten landwirtschaftlichen Betriebszählung (1907) die Zahl der Weinbetriebe nur 327,858 ausmachte. Von den Inhabern waren Landwirte 232.105, Nichtlandwirte 95,753.

Durch den Niedergang des Weinbaues und die Abtrennung von Elsaß-Lothringen haben sich diese Zahlen (und ebenso die folgenden) sicherlich stark verkleinert. Von der Gesamtfläche (1326 666 ha) die diese Leute bewirtschafteten, wurde nur ein knappes Zehntel (115 107) als Weinberge benutzt. Demnach kann der Weinbau als landwirtschaftlicher Nebenbetrieb bezeichnet werden und bildet in vielen Fällen nicht die Existenzgrundlage der Weinbauern.

Wir fordern daher nachdrücklichst von der Regierung: Macht Schluß mit der Sonderbegünstigung der Winzer und führt die Handelsvertragsverhandlungen zugunsten der kräftigen Industrie und nicht für den sterbenden Weinbau.

Die Aufgaben der tariflichen Lehrlings-Überwachungskommissionen im Lithographie- und Steindruckgewerbe.

Eine der tariflichen Bestimmungen, die nicht die notwendige Beachtung finden, ist u. a. auch § 5 Ziffer 11, betreffend die Überwachungskommission für das Lehrlingswesen. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß fast bei allen Gelegenheiten in beredeten Worten auf die Bedeutung einer guten und sich in geordneten Bahnen be-

wegenden Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses für die Entwicklung des Gewerbes, der Erhaltung dessen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den anderen graphischen Druckverfahren und der Konkurrenz ausländischer Firmen durch hohe Qualitätsleistungen hingewiesen wird, so ist die vorhandene Passivität, die sich im Lehrlingswesen bezüglich der Ausbildung bemerkbar macht, schwer zu verstehen. Die Tatsache, daß der Mangel an wirklich brauchbaren Arbeitskräften immer größer wird, sollte endlich Veranlassung sein, den vielen schönen Worten nun auch einmal Taten folgen zu lassen. Ich führe die Passivität in der Hauptsache darauf zurück, daß die Kräfte des Gewerbes durch die ständigen wirtschaftlichen Sorgen bisher überreichlich in Anspruch genommen worden sind. Damit soll diese aber nicht entschuldigt werden; denn auch in Zeiten der Not dürfen wichtige Angelegenheiten des Gesamtgewerbes nicht in einem Umfange vernachlässigt werden, daß dauernder Schaden daraus erwachsen muß. Ein weiterer Umstand ist der, daß weite Kreise unserer Unternehmer noch heute der Auffassung sind, daß die Ausbildung der Lehrlinge ureigenste Angelegenheit des Lehrherrn ist und die Gehilfen dabei nicht mit hineinzureden haben. Aus diesem Grunde werden auch die diesbezüglichen tariflichen Bestimmungen als nicht existierend betrachtet. Die Lehrlingsausbildung ist aber für die Zukunft des Gewerbes viel zu wichtig, um als eine nebensächliche Angelegenheit behandelt zu werden. An einer tatsächlichen Durchführung der betreffenden Tarifbestimmungen sind beide Vertragsparteien gleichmäßig interessiert, und daraus ergibt sich auch die Pflicht, mit ganzer Kraft dahin zu wirken, daß die Durchführung erfolgt. Die Lehrlingsausbildung ist ein Teilgebiet einer gesunden Gewerbepolitik, die wir dringend pflegen müssen, wenn sich unser Gewerbe auch in Zukunft behaupten soll.

Die Grundlagen für die auf dem Gebiete des Lehrlingswesens zu leistende Arbeit sind im § 5 des Tarifvertrages niedergelegt und für die Tätigkeit der in dessen Ziffer 11 vorgesehenen Überwachungskommissionen sind die dazu gehörigen Richtlinien — Anhang IV zum Tarif — maßgebend. Diese Bestimmungen sind nicht geschaffen worden, um nur auf dem Papier stehen zu bleiben, sondern um in die Tat umgesetzt zu werden. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß noch nicht einmal in allen von den Vertragsverbänden bestimmten Orten die Überwachungskommissionen gebildet, bzw. noch nicht arbeitsfähig sind. Vielfach läßt die Zusammenarbeit der Vertreter beider Vertragsparteien sehr viel zu wünschen übrig; kommt es doch vor, daß eine Vertragspartei versucht, die andere bei der Durchführung der übertragenen Aufgaben auszuschalten. In diesem Zusammenhang will ich nur auf einige größere Druckorte verweisen, wo die Unternehmer die Gehilfenvertreter von der Mitwirkung bei der vorgeschriebenen Eignungsprüfung der einzustellenden Lehrlinge ausgeschaltet haben. Ein solches Verhalten ist unartig und verhindert die notwendige paritätische Zusammenarbeit und nimmt der anderen Vertragspartei jede Lust zur ferneren Mitarbeit in dieser wichtigen Frage. Es ist deshalb auch kein Wunder, wenn ein merklicher Fortschritt im Lehrlingswesen nicht zu verzeichnen ist.

Nun zum eigentlichen Thema. Der Tarif bestimmt in seinem § 5 Ziffer 11: „Zur Berufsberatung und Überwachung der Lehrlingsausbildung in allen größeren, für das Gewerbe in Betracht kommenden Orten, sind paritätisch zusammengesetzte Kommissionen zu schaffen, für deren Tätigkeit die Richtlinien — Anhang IV zum Tarifvertrag — maßgebend sind.“

Unter Berufsberatung ist zu verstehen, daß die Schule verlassenden jungen Menschen, die unser Gewerbe erlernen wollen, über die geistigen und körperlichen Anforderungen, die der Beruf an seine Auszubildenden stellt, aufzuklären sind und letztere auf ihre Eignung zu prüfen. Auf welcher Basis die Eignungsprüfungen zu erfolgen haben, ist aus Artikel II — Aufgaben — der Richtlinien unter Abschnitt „A. Prüfung einzustellender Lehrlinge“ klar ersichtlich und bedarf eigentlich keiner weiteren Erläuterung. Die Eignungsprüfung ist äußerst wichtig und gleichzeitig auch sehr schwierig — ich verweise nur auf die Feststellung eines normalen, farbenempfindlichen Sehvermögens und zeichnerischer Fähigkeiten. Um diese Schwierigkeiten zu meistern, empfiehlt sich deshalb, überall dort, wo kommunale Berufsberatungsstellen bestehen, sich dieser zu bedienen, bzw. zur Mitarbeit hinzuzuziehen. Dadurch wird auch die Möglichkeit gegeben, die ärztlichen Untersuchungen bezüglich der körperlichen Gesundheit und Prüfung der geistigen Fähigkeiten in einwärfreier Weise durchzuführen. Die Erfahrungen, die z. B. das Chemigrafiegewerbe in Berlin mit dem städtischen Berufsamt gemacht hat, können nur als gute bezeichnet werden. Ähnliche nützliche Einrichtungen dürften in allen größeren Orten bestehen und es sollte uns nichts näher liegen, als uns dieser auch zu bedienen. In Orten, wo solche Berufsberatungsstellen nicht

bestehen, ist es nötig, daß sich die tüchtigsten Fachleute unseres Gewerbes zur Erfüllung dieser Aufgabe zur Verfügung stellen.

Mit Rücksicht darauf, daß die Bewerbungen für die Ostern 1926 zu besetzenden freien Lehrstellen bereits erfolgen dürften, empfiehlt es sich, baldigst mit den nötigen Vorbereitungen für die Eignungsprüfungen zu beginnen. Praktisch ist, sämtliche Bewerber an einem bestimmten Tage zu prüfen. Dieser Tag darf aber nicht dem Einstellungstermin zu nahe liegen, damit den Prüflingen, die für unsere Gewerbe als ungeeignet befunden werden, oder wegen Mangel an freien Lehrstellen nicht eingestellt werden können, die Erlangung einer Lehrstelle in einem anderen Gewerbe nicht unmöglich gemacht wird.

Außer der Eignungsprüfung ist den Überwachungskommissionen noch die Beaufsichtigung und Kontrolle des Lehrverhältnisses übertragen worden. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß die Kommissionen von sich aus Nachforschungen darüber anstellen sollen, ob in allen Fällen die Ausbildung der Lehrlinge eine sachgemäße und den Bestimmungen des Tarifes und des tarifamtlichen Lehrvertrages entsprechende ist. Den Kommissionen ist nur das Recht zugesprochen worden, Untersuchungen auf begründeten Antrag einer am Lehrvertrag beteiligten Partei — Lehrherr oder gesetzlicher Vertreter des Lehrlings — vorzunehmen. Hierfür kommt Artikel II — Abschnitt B — der Richtlinien in Betracht. Es liegt im Interesse beider am Lehrvertrag beteiligter Parteien, daß alle Mißstände, die im Lehrverhältnis in Erscheinung treten und die Abstellung dringend bedürfen, durch die Mitwirkung der Kommissionen behoben werden. Wenn in solchen Differenzfällen die Kommissionen vermittelt eingreifen, wird deren Tätigkeit eine sehr nützliche sein.

Im Zusammenhange ist auch darauf zu verweisen, daß die Kommissionen auf Grund des § 2 des tarifamtlichen Lehrvertrages bei Auflösung des Lehrverhältnisses nach Ablauf der vierwöchentlichen Probezeit zur Entscheidung angerufen werden können. Ferner ergibt sich aus § 3 letzter Absatz des Lehrvertrages, daß die Kommissionen bei ungenügender Erfüllung oder grober Vernachlässigung der Pflichten des Lehrlings einer Änderung der tariflichen Kostgeldsätze zustimmen berechtigt sind.

Daß für die Beaufsichtigung und Kontrolle des Lehrverhältnisses nur die betreffenden Bestimmungen des Tarifes und des tarifamtlichen Lehrvertrages als Richtschnur zu dienen haben, bedarf nach meiner Ansicht keiner näheren Erläuterung und dürfte allgemein als eine Selbstverständlichkeit betrachtet werden.

Als dritte, und nach meiner Ansicht wichtigste Aufgabe, sind den Kommissionen die Gehilfenprüfungen übertragen worden. Die näheren Bestimmungen hierüber finden wir im Abschnitt C der Richtlinien. Aus diesen Bestimmungen ist ersichtlich, welche Anforderungen bei den Prüfungen an die Auslernenden zu stellen sind. Ferner besagt § 14 des tarifamtlichen Lehrvertrages in seinem 1. Absatz, daß sich der Lehrling vor Beendigung der Lehrzeit der Gehilfenprüfung vor der zuständigen Überwachungskommission zu unterziehen hat. Abgesehen davon, daß die Handwerkskammern auf Grund der ihnen durch die Reichsgewerbeordnung übertragenen Befugnisse gegen diese Bestimmungen Sturm laufen, wird in unseren eigenen Reihen vielfach noch die Ansicht vertreten, daß die Gehilfenprüfungen ein Überbleibsel aus der Zunftzeit seien und keinen praktischen Wert haben. Letzteres ist ein Irrtum. Die Gehilfenprüfungen haben den praktischen Zweck, festzustellen, ob der Lehrherr während der Lehrzeit seinen Pflichten gegenüber dem Lehrling, bezüglich einer gründlichen Ausbildung auch tatsächlich entsprochen hat; d. h. ob er den Lehrling dem § 5 Ziffer 4 des Tarifes entsprechend ordnungsgemäß ausgebildet hat, so daß dieser imstande ist, als Gehilfe angesprochen zu werden und den tariflichen Mindestlohn zu verdienen. Wir wissen ja aus eigener Erfahrung, daß in sehr vielen Fällen die Lehrlinge in der Hauptsache als Arbeitsburschen Verwendung gefunden haben und die eigentliche berufliche Ausbildung Nebensache war. Letzteres soll teilweise auch heute noch vorkommen. Aus diesem Grunde halten beide Vertragsparteien Prüfungen bei Beendigung der Lehrzeit für dringend nötig, weil wir bestrebt sein müssen, dem Gewerbe leistungsfähige Kräfte zuzuführen, um dieses konkurrenzfähig zu erhalten. Wenn der Lehrherr weiß, daß seine Lehrlinge bei Beendigung der Lehrzeit sich einer Prüfung vor tüchtigen Fachleuten zu unterziehen haben, so wird er bestrebt sein, die Ausbildung zu fördern. Die Prüfungen üben also eine erzieherische Wirkung aus. Letzteres trifft aber nicht nur auf den Lehrherrn zu, sondern auch auf den Lehrling. Der tarifamtliche Lehrvertrag besagt in seinem § 14 dritter Absatz, daß, wenn der Lehrling durch eigenes Verschulden die Prüfung nicht besteht, er von der Kommission, auf die Dauer von 6 Monaten in die Lehre zurückver-

wiesen werden kann. Auf diese Gefahr aufmerksam gemacht, dürften die Lehrlinge veranlaßt werden, schon von sich aus bestrebt zu sein, den Beruf gründlich zu erlernen. Stellt die Kommission fest, daß die ungenügende Ausbildung des Lehrlings Schuld des Lehrherrn ist, so kann der Lehrling ebenfalls auf die Dauer von 6 Monaten in die Lehre zurückverwiesen werden. Die weitere Ausbildung dürfte in der Regel natürlich einer anderen Firma zu übertragen sein. Der schuldige Lehrherr hat dann die Differenz zwischen tariflichem Kostgeld und tariflichem Mindestlohn für Ausgelernte zu zahlen. Diese Bestimmung hat den Zweck, die Lehrherren zu einer gründlichen Ausbildung der Lehrlinge anzuhalten und sie auf die finanzielle Folge einer groben Pflichtverletzung hinzuweisen.

In allen Fällen, wo die Handwerkskammern gegen die Vornahme der Gehilfenprüfungen durch unsere Überwachungskommissionen Einspruch erheben, muß versucht werden, die Schwierigkeiten durch Schaffung einer Personalunion zu beheben; d. h. es muß dahin gewirkt werden, daß die Handwerkskammern in ihre Prüfungsausschüsse nur die Herren als Mitglieder nehmen, die ihnen von unseren örtlichen Vertragsparteien dafür in Vorschlag gebracht werden. Wir können dann auf diesem Wege für eine wirkliche sachgemäße Prüfung der Auslernenden sorgen. Wir müssen mit allen Kräften dahin streben, daß die Prüfungen unserer Auslernenden nicht mehr durch berufsfremde Personen erfolgen, die unseren Beruf nicht kennen und den Prüfungen dadurch jeden praktischen Wert nehmen.

Zum Schluß möchte ich noch auf eine wichtige Bestimmung des tariflichen Lehrvertrages hinweisen, die für die Überwachungskommissionen beachtenswert ist. Es handelt sich um § 15, der wie folgt lautet: „Für alle aus dem Lehrvertrage, den Bestimmungen über das Lehrlingswesen im Tarifvertrag für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe und in Durchführung dieser Bestimmungen von den zuständigen Instanzen getroffenen Anordnungen entstehenden Streitigkeiten, sind die im vorstehend genannten Tarifverträge vorgesehenen Schiedsinstanzen zuständig“. Daraus ist ersichtlich, daß in den Fällen, in welchen durch das Eingreifen der Überwachungskommissionen die festgestellten Mißstände nicht behoben werden können, die tariflichen Schiedsinstanzen — Tarif-Kreisschiedsgerichte und Tarifamt — angerufen werden können.

Aus dem Vorstehenden ist ersichtlich, daß den tariflichen Überwachungskommissionen wichtige Aufgaben im Interesse des Gesamtgewerbes übertragen worden sind, die wert sind, auch tatsächlich durchgeführt zu werden. A. C.

Ortsbericht.

Königsberg am Pregel. Vor ungefähr zwei Jahren tauchte hier der Offsetdrucker Willy Müller, aus Barmen kommend, auf, um auch die Mitgliedschaft Königsberg mit seiner Audienz zu beglücken. Müller nahm hier Stellung in der Königsberger Allgemeinen Zeitung. Die Königsberger Kollegenschaft wollte Müller nun mit seinem Geiste beglücken, weil M. sich für ein ganz besonderes Organisationsmitglied hielt. Denn nach Müllers Meinung befinden sich die Königsberger Kollegen noch 10 Meilen hinter dem Monde. Müller mußte aber recht bald einsehen, daß die hiesigen Kollegen sich durch einen Fremdling nicht so leicht behelren lassen. Als M. nun einsah, daß er mit seiner Weisheit in die Tinte gefallen war, drehte er der Kollegenschaft den Rücken und versuchte sein Glück in der Königsberger Allgemeinen Zeitung und bei den Buchdruckern. Bei letzteren hielt er dann Vorträge über Offsetdruck. Da M. dieses Gebiet selbst sehr wenig beherrscht, ist es ja

auch nicht schlimm, in diesem Kreise seine Weisheit verzapft zu sehen. In der Königsberger Allgemeinen Zeitung wurschtelte nun M. bis in die späten Nächte hinein. Der Direktor, welcher an und für sich der Organisation nicht gut gesonnen ist, fand bald in Müller ein sehr gefügiges Werkzeug. Um nun M. der Organisation zu entziehen, stellte er ihn ins Angestelltenverhältnis — und der Zweck war erreicht. M. schwoll nun fürchtbar der Kamm; er schob an die Ortsverwaltung folgenden Brief:

Königsberg, d. 11. 8. 1924.

Werter Kollege!

Antwortlich Ihres letzten Schreibens, teile ich Ihnen mit, daß ich die Absicht habe aus dem Verband auszutreten. Irgend welche Rückenstärkung habe ich leider nicht zu erwarten, und nur aus alter Anhänglichkeit die Beiträge zahlen, will und kann ich nicht, und besitze auch nicht soviel Idealismus.

Willy Müller.

Doch eines schönen Tags — o Graus, flog Müller aus der Allgemeinen Zeitung raus. Er dachte, er war bei Abraham im Schoß und brauchte keine Organisation mehr. Aber der Mensch denkt und das Kapital lenkt; erst wägen und dann wagen! Ihr aber, Kollegen, welche ihr das Glück habt, mit diesem Herrn nun zusammen zu arbeiten, schätzt ihn richtig ein, trotz seiner großen Schn . . .

Bowge.

Feuilleton.

Arnold Böcklin.
Zur 25. Wiederkehr seines Todestages
(gestorben am 16. Januar 1901).

Von J. Meier-Durst.

Wahrlich steckt die Kunst in der Natur, wer sie heraus kann reißen, der hat sie.

Albrecht Dürer.

Für einen großen Künstler, der den graphischen Künsten und Gewerben so viele Arbeiten gegeben hat, muß der Tag der Ehrung und des Gedenkens auch in der „Graphischen Presse“ Widerhall finden.

Fünfundzwanzig Jahre sind in das Meer der Ewigkeit entschwunden, daß der „große Heide“ in der Malerei seine Künstleraugen für immer geschlossen hat.

Im alten Basel in der Schweiz, der Stadt Hans Holbein des Jüngeren, am 16. Oktober 1827 geboren, beschloß er sein arbeitsreiches Leben in San Domenico de Fiesole bei Florenz, am 16. Januar 1901.

Böcklin kam von Basel nach Düsseldorf, dann nach München und Weimar, Rom und wieder Basel und München. Später nach Florenz und Zürich und zuletzt nach Fiesole.

Während seines Züricher „Künstlers Erdenwallen“ lernte ihn der sozialistische Dichter Karl Henckell kennen.

Böcklin wurde von einem Schlaganfall getroffen und malte sein Selbstbildnis mit dem Tod im Hintergrunde, der auf der Geige spielt.

Karl Henckell verfaßte das Gedicht, welches auch in der Gedicht-Sammlung „Gedichte für das Volk“ enthalten ist:

Du und der Tod?

Du und der Tod? O herrlicher Pilot
Durch's blaue Wundermeer der Malerei!
Wem solche Schöpferglut den Arm durchloht,
Er wandelt aufrecht selbst dem Styx vorbei;
Charon, der Fährmann, rudert seinen Kahn
Die Schattenflut zurück auf bleicher Bahn . . .
Ich sah vor'dm Dich wohl durch Zürich schreiten,
Langsam, zu stiller Sommermittagszeit,
Dein Blick schien sinnend vor Dir hinzugleiten
Und trank doch träumend alles weit und breit.
Dann bliebst Du stehn. Und eine farbensatte,

Goldgelb durchblühte Wiese bot Dir Halt.
In Deine Augen wirkte sich die Matte
Zu unverwundlich bleibender Gestalt.
Ein Pappelbaum, schwermütig ästhetragend,
Wob sich darüber, dunkel sehnsuchtklagend,
Weißt Du, kraftleuchtend königlicher Mann,
Wie Du die Seele nimmst in self'nen Bann?
Aus Deinen Bildern sieht mich die Natur
Mit Augen an, die festlich mich beglücken,
Und wenn Gott Pan tief lacht vom Lichtzuck,
Durchflutet mich ein schweigendes Entzücken.
Du, Böcklin, hast dem uraltesten Leben
Der Welt das Lied der Malerei gegeben.

Aber noch war es dem Meister vergönnt,
durch die Luft Italiens und seinem geliebten
Florenz, wohin er wieder übersiedelte, noch
ein Jahrzehnt zu leben und zu schaffen.

Von den vielen Meisterwerken Böcklins haben mich am meisten interessiert: „Die Freiheit“ mit Palme und Adler, wie sie in den Hochalpen thront, ein Kunstwerk nach Schillers, des Freiheitsdichters, Worten:

Auf den Bergen ist Freiheit! Der Hauch der Gräfte
Steigt nicht hinauf in die reinen Lüfte!

Dann das wunderbare Bild: „Spiel der Wellen“, eines der größten Werke Böcklins, das die Schönheit und ungebändigte Kraft des Meeres wiedergibt. Ferner: „Der Krieg“. Hat Albrecht Dürer in seinem weltberühmten Holzschnitt: „Die apokalyptischen Reiter“ hierzu das Vorbild gegeben, und auch Peter Cornelius diesen Gedanken gleichfalls in seinem berühmten Carton verbildlicht, so schuf doch erst Böcklin das gewaltige Werk von der malerisch-großartigen Seite gesehen. Dieses Werk Böcklins muß bei jedem vernünftigen Beschauer gegen den Krieg und für den Frieden wirken.

In Basel, der Vaterstadt des großen Künstlers, sind besonders die weltberühmten Steinmasken (Fratzen) von Arnold Böcklin, an der Gartenfassade der Kunsthalle, die am meisten interessieren.

Eines der bekanntesten Bilder des großen Meisters, der Faune malte, also ein echt heidnischer Maler war, ist: „Die Toteninsel“.

Auch auf dieses Bild hat der sozialistische Dichter Karl Henckell ein Gedicht verfaßt, mit welchem ich diese Skizze beschließen will:

Toteninsel.

Aus der schnöden Tageshelle
Über blasse Todeslust
Lädet mich des dunklen Eilands
Schattige Zypressenhut.

Nimm nach dieses lauten Lebens
Tollem Schwall, wildem Lauf,
Ewig stille Toteninsel,
Nimm die müde Seele auf!

Vom Büchertisch.

Die Goldbilanz. Von Kurt Heinig. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 1,— Mk.

Ende 1923 wurde verordnet, daß die deutsche Wirtschaft ihre Goldbilanz zu machen habe. Die Ergebnisse dieser Abschlußrechnung über die Inflationszeit liegen im wesentlichen jetzt vor. Sie zeigen aber keine klaren Resultate, denn die Goldbilanzierung ist durch die Interessen in eine Sanierung nach ihren eigenen Wünschen umgeben worden.

Die derzeitigen Schwierigkeiten der deutschen Industrie beruhen zu einem großen Teil mit darauf, daß bei der Goldbilanzierung nicht die wirkliche Goldsubstanz der deutschen Unternehmungen festgestellt worden ist.

Hinter dem Schleier jener Sanierung sind die großen Umschichtungen und Machtverschiebungen des deutschen Industriebezites vor sich gegangen. Das wird erst verständlich, wenn man die Entwicklung der Vorzugs- und Vorratsaktien, die während der jüngst vergangenen fünf Jahre entstanden ist in ihren Zusammenhängen und Auswirkungen näher kennen lernt.

Jetzt beschäftigen sich Studiengesellschaften mit der Reform des Aktienrechtes, das Statistische Reichsamt hat den Auftrag bekommen, die eigenartige Entwicklung der Aktienformen zu registrieren und bei der Regierung erwägt man gesetzliches Eingreifen.

Die Frage der Goldbilanz und der damit zusammenhängenden Angelegenheiten sind demnach außerordentlich aktuell.

TÜCHTIGER Reproduktions-Photograph
zum sofortigen Eintritt gesucht. Gest. Angebote mit Gehaltsansprüchen an
Ludwig Kriegbaum, Nürnberg, Maxfeldstraße 34

Tüchtige Strichätzer
finden sofort Stellung. Briefe mit Gehaltsansprüchen, Zeugnisabschriften, Alter usw. an
L. van Leer & Co., Amsterdam.

2 Dreifarbenätzer
für erstklassige Arbeit gesucht. Reflektanten werden gebeten, unter Angabe der Gehaltsansprüche, ausführlich zu schreiben an
S. Bakker Jzn., Koop-Zaandijk bei Amsterdam.

Ein tüchtiger
Auto-Photograph
sofort gesucht durch die Firma Chemigraphische Kunstfotografie „Modern“, St. Mariastraat 1, Rotterdam (Holland).

Ein tüchtiger
Metal-Retuscheur
(auch Zeichner) und ein erstklassiger
Autoätzer
in Dauerstellung sofort gesucht durch die Firma
N. V. Clichéfabrik v/h. Elgejaer en Jansen, Mengelberglaan 33, Utrecht (Holland).